

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU

und

Antwort

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren**

Neuordnung des ärztlichen Notfalldienstes im Main-Tauber-Kreis

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die Neukonzeption der ärztlichen Notfalldienste durch die kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg im Hinblick auf die Beteiligung der Betroffenen vor Ort (Bürgermeister, Ärzte, Bevölkerung)?
2. Gab es im Hinblick auf den Main-Tauber-Kreis eine hiervon abweichende Vorgehensweise, beispielsweise eine Einbeziehung in diesem Einzelfall mit Abgabe einer Stellungnahme?
3. Wie beurteilt sie die bisherige sowie die sich zukünftig abzeichnende Versorgungssituation der Bevölkerung im Rahmen des ärztlichen Notfalldienstes insbesondere im Main-Tauber-Kreis?
4. In welchem Umfang wurden bisher die Notfalldienste in Bad Mergentheim und Wertheim in Anspruch genommen (mit Angabe des Anteils der Hausbesuche)?
5. Erachtet sie die Anzahl der bisherigen Einsatztage pro Jahr für den Bereitschaftsdienst der niedergelassenen Ärzte im Main-Tauber-Kreis für zumutbar?
6. Wie beurteilt sie die Erreichbarkeit der Notfallpraxen in Bad Mergentheim und Wertheim bei Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs?

01. 07. 2014

Dr. Reinhart CDU

Antwort

Mit Schreiben vom 25. Juli 2014 Nr. 52-0141.5/15/5431 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wie beurteilt sie die Neukonzeption der ärztlichen Notfalldienste durch die kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg im Hinblick auf die Beteiligung der Betroffenen vor Ort (Bürgermeister, Ärzte, Bevölkerung)?*

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) kann aufgrund ihres Auftrages zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung den Bereitschaftsdienst gemäß § 75 Absatz 1 Satz 2 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) im Rahmen ihrer Regelungsautonomie selbstständig ausgestalten. Die KVBW hat sich im Vorfeld der Reform mit den Delegierten der Vertreterversammlung, den Berufsverbänden, den Beauftragten für den Notfalldienst und mit allen Mitgliedern intensiv ausgetauscht.

Das Konzept sieht vor, die Patienten und Patientinnen grundsätzlich in Bereitschaftsdienstpraxen der KVBW und durch organisierte Fahrdienste zu versorgen. Die bisher rund 380 allgemeinärztlichen Notdienstbereiche sollen zu circa 70 Dienstgemeinschaften zusammengeführt werden. Die Dienstgemeinschaft in jedem Notfalldienstbezirk soll mindestens 70 Ärztinnen und Ärzte umfassen. In jedem dieser Bereitschaftsdienstbereiche wird die KVBW eine oder mehrere zentrale Bereitschaftsdienstpraxen an einem Krankenhaus einrichten. Jede Bürgerin und jeder Bürger in Baden-Württemberg soll grundsätzlich eine Notfallpraxis innerhalb von 30 Pkw-Fahrminuten erreichen können. Zusätzlich wird eine Ärztin oder ein Arzt im Fahrdienst die Patientinnen und Patienten besuchen, die aus medizinischen Gründen nicht in die Bereitschaftsdienstpraxis kommen können.

Die KVBW legt in ihrer Stellungnahme dar, dass sie bei der Umsetzung der Notfalldienstreform den Städte- und Gemeindetag sowie den Landkreistag regelmäßig informiert habe. Zudem seien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Mitglieder der Selbstverwaltung und die beiden Vorstände in zahlreichen Veranstaltungen, Bürgerforen und Kreisgesundheitskonferenzen vor Ort gewesen. Die Vertragsärztinnen und -ärzte seien ständig über Aussendungen, Rundschreiben, Veranstaltungen des Vorstands („Tour de Ländle“) informiert worden. Die betroffene Bevölkerung sei bei der Einrichtung von Notfallpraxen und damit einhergehenden Veränderungen über die Lokalpresse in Kenntnis gesetzt worden. Die KVBW räumt allerdings ein, dass die Kommunikation an einzelnen Orten lückenhaft gewesen sei und noch verbessert werden könne.

Seitens der Landesregierung ist festzustellen, dass die KVBW im Rahmen der Notfalldienstreform zum Teil schwierige Entscheidungen treffen musste, bei denen nicht in allen Fällen ein Konsens mit allen Betroffenen vor Ort erzielt werden konnte. Im Vorfeld der Reform hat sich der sektorenübergreifende Landesbeirat mit der Konzeption der KVBW auseinandergesetzt und im Jahr 2012 den Beschluss gefasst, dass er die Initiative der KVBW, den Notfalldienst im Lande zu reformieren, unterstützt. Indem die KVBW mit den Betroffenen vor Ort das Gespräch gesucht und ihnen die Hintergründe und Ziele der Reform erläutert hat, ist eine Beteiligung im Sinne einer Anhörung der Betroffenen erfolgt.

- 2. Gab es im Hinblick auf den Main-Tauber-Kreis eine hiervon abweichende Vorgehensweise, beispielsweise eine Einbeziehung in diesem Einzelfall mit Abgabe einer Stellungnahme?*

Die KVBW legt in ihrer Stellungnahme dar, dass die Ärzteschaft über einen Zeitraum von zwei Jahren in zahlreichen Besprechungen und Informationsveranstaltungen über die Planungen und den Fortgang der Notfalldienstreform informiert worden sei. Informationsveranstaltungen für die Bürgerschaft hätten nicht stattgefunden. Die kommunalen Entscheidungsträger seien über direkte Aussendung der

KVBW bzw. über Infoschreiben an den Städte- und Gemeindetag unterrichtet worden. Anlässlich der Pressekonferenz zur gemeinsamen Eröffnung der Notfallpraxen Wertheim/Bad Mergentheim im März 2014 habe der anwesende Landrat keine grundsätzliche Kritik an den getroffenen Entscheidungen geäußert.

Es kann daher festgestellt werden, dass die KVBW im Main-Tauber-Kreis bei der Beteiligung der Betroffenen vor Ort keine von den unter Ziffer 1 dargestellten Aktivitäten abweichende Vorgehensweise gewählt hat.

3. Wie beurteilt sie die bisherige sowie die sich zukünftig abzeichnende Versorgungssituation der Bevölkerung im Rahmen des ärztlichen Notfalldienstes insbesondere im Main-Tauber-Kreis?

Die KVBW teilt mit, dass im Zuge der Reform des Notfalldienstes nach langen Diskussionen dem Konzept der KVBW folgend für den Main-Tauber-Kreis zwei Notfallpraxen an den Krankenhausstandorten Wertheim und Bad Mergentheim eingerichtet worden seien. Die im Landesvergleich niedrige Zahl der dienstverpflichteten Ärzte (ca. 160) erlaube keinen weiteren Standort einer Notfallpraxis, z. B. in Tauberbischofsheim.

Die von der KVBW getroffene Lösung entspricht durchaus anderen Gegebenheiten in Baden-Württemberg hinsichtlich Bevölkerungszahl bzw. räumlicher Entfernung. Die Landesregierung hält deswegen das Vorgehen der KVBW auch in Bezug auf die Neuordnung des Notfalldienstes im Main-Tauber-Kreis für vertretbar und sachgerecht.

In einer Gesamtbetrachtung ist darauf hinzuweisen, dass die Reform des Notfalldienstes das Ziel verfolgt, die knapper werdende „Ressource Arzt“ so einzusetzen, dass auch in Zukunft die Versorgung außerhalb der Sprechstunden gesichert ist und die Dienstbelastung für alle erträglich bleibt. Gleichzeitig hat die KVBW mit der neuen Struktur eine Basis, um überhaupt noch junge Ärztinnen und Ärzte für die Niederlassung zu gewinnen und Nachfolger für Arztpraxen zu finden. Die mit der Reform bewirkte verminderte Dienstbelastung durch Notfalldienste führt dazu, dass Ärztinnen und Ärzte der nachfolgenden Ärztegeneration im ländlichen Raum und somit auch im Main-Tauber-Kreis attraktivere Arbeitsbedingungen vorfinden und damit die Neigung, sich im ländlichen Raum niederzulassen, positiv beeinflusst wird.

4. In welchem Umfang wurden bisher die Notfalldienste in Bad Mergentheim und Wertheim in Anspruch genommen (mit Angabe des Anteils der Hausbesuche)?

Nach Aussage der KVBW lag vor dem Inkrafttreten der Reform der landesweite Durchschnitt bei 12 Kontakten (davon 3 bis 5 Hausbesuche) je 24 Stunden einer Wochenendbereitschaft. Die Inanspruchnahme der Notfalldienstbezirke in der Vergangenheit könne von der KVBW nicht ermittelt werden. Zur Erklärung dieses Umstands ist darauf hinzuweisen, dass die KVBW erst mit der Neuordnung des Notfalldienstes über quartalsaktuelle Zahlen über die Inanspruchnahme einzelner Notfallpraxen (einschließlich der Hausbesuchsdienste) verfügt, weil diese Daten erst ab 1. Januar 2014 über eine zentrale Abrechnung in den Notfallpraxen erfasst werden.

5. Erachtet sie die Anzahl der bisherigen Einsatztage pro Jahr für den Bereitschaftsdienst der niedergelassenen Ärzte im Main-Tauber-Kreis für zumutbar?

Die KVBW legt dar, dass die in der Vergangenheit von den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen im Main-Tauber-Kreis zu erbringenden Einsatztage im Landesvergleich überdurchschnittlich hoch gewesen seien. Anzumerken sei, dass die Vertragsärzte die Dienste zusätzlich zu ihrer 50 bis 60 Stunden Wochenarbeitszeit erbringen, als Freiberufler unterliegen sie nicht dem Arbeitszeitschutzgesetz. Die jetzt erreichte Reduktion der Dienstbelastung werde von der KVBW als wesentlicher Standortfaktor für Niederlassungsüberlegungen junger Ärztinnen und Ärzte genannt. Die Landesregierung teilt diese Bewertung.

6. Wie beurteilt sie die Erreichbarkeit der Notfallpraxen in Bad Mergentheim und Wertheim bei Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs?

Nachts und an Sonntagen steht der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im ländlichen Raum nur ausgedünnt bzw. gar nicht zur Verfügung. Die nächtliche Erreichbarkeit der Notfallpraxen in Bad Mergentheim und Wertheim mit öffentlichem Personennahverkehr ist daher als schwierig zu bezeichnen.

Nach Mitteilung der KVBW zeige die Erfahrung jedoch, dass Patientinnen und Patienten bereits in der Vergangenheit die Notfallpraxen nur in Ausnahmefällen mit ÖPNV ansteuernten. Überwiegend würden die Notdienste mit privatem Pkw angefahren. In einer kürzlich von der KVBW durchgeführten Patientenumfrage in den Landkreisen Reutlingen und Freudenstadt seien die verlängerten Anfahrtswege nicht als Nachteil angesprochen worden, die Patientinnen und Patienten nehmen sie für den Vorteil der Kompetenzbündelung durch Notfallpraxen am Krankenhaus in Kauf.

Altpeter

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren